

Zukunft für Hamburgs Familien

Während ich diesen Text beginne, spielt meine Tochter Marie (1 Jahr) auf dem Fußboden mit Lego-Steinen und baut Türme. Ihr Bruder Paul (5 Jahre) konnte das in dem Alter nicht; dafür sprach er bereits ganze Sätze. Sie wiederum klettert in schwindelerregende Höhen und kann mit etwas Hilfe schwimmen. Das kann er nur mit Mühe, aber dafür ist Paul ein äußerst phantasievoller Geschichtenerfinder.

Was ich damit sagen will: Schon unsere eigenen Kinder sind vollkommen verschieden. Eltern und ihre Vorstellungen von Familie sind es auch. Erst recht sind es die Lebensbedingungen in der Großstadt: so gesehen sind es weite Wege von Ottensen nach Othmarschen und von Volksdorf auf die Veddel. Eine Familien-, Bildungs- oder Sozialpolitik, die solche Unterschiede ignoriert, ist zum Scheitern verurteilt.

Sicher – ein Staat muss Regeln finden, die möglichst für alle gelten. Rechte (und Pflichten) müssen klar definiert sein. „Einklagbar“, verlangen die Bürgerinnen und Bürger, „gerichtsfest“ verlangen Politik und Verwaltung. Diese Prinzipien sind ein hohes Gut. Aber sie führen manchmal zu haarsträubenden Ergebnissen. Zum Beispiel, wenn lärmende Kinder zu „Störern“ werden. Oder wenn es darum geht, dass Kinder „schulfähig“ werden - statt zu fordern, dass Bildungs- und Betreuungseinrichtungen „kindfähig“ sind.

*

Die Entscheidung für oder gegen Kinder und das Zusammenleben mit ihnen ist eine der privatesten Entscheidungen, die Menschen treffen können. Wir Politiker diskutieren über Familienbilder und Lebensentwürfe allerdings in einer Weise, die daran zuweilen Zweifel aufkommen lässt und an Gesellschaftspädagogik erinnert. Dabei gibt es keine falschen oder richtigen Lebens- oder Beziehungskonzepte, sondern nur ein jeweils passendes.

Familie ist in erster Linie dort, wo Kinder sind, also bei Eltern, Alleinerziehenden, Großeltern. Aber auch Ältere, gleichgeschlechtliche Paare und andere Lebensformen können Familie sein. Privates Glück muss mit oder ohne Kinder möglich sein, ohne Lebensvorstellungen gegeneinander auszuspielen.

Es bringt uns nicht weiter, den stetigen Rückgang der traditionellen Familie in der modernen Gesellschaft betrübt oder gar vorwurfsvoll zu beschreiben. Dass Familie nicht mehr überall

die eine und einzige gesellschaftliche Institution ist, welche ausreichend Stabilität gegenüber den Widrigkeiten des Lebens vermittelt, ändert nichts daran, dass sie – auch in neuen Formen – die Grundlage für eine nachhaltige Gesellschaft bleibt.

Die Aufmerksamkeit für Familienpolitik ist derzeit hoch. Trotzdem bleibt das Thema vielfach im Unklaren. Was nicht verwunderlich ist, fehlt doch weitgehend die Debatte über die Ziele von Familienpolitik.

„Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ oder „ein besserer Lastenausgleich für Familien mit Kindern“ sind einzelne Handlungsschritte, aber noch lange keine Zieldefinition. Wir werden kein kinderfreundliches Klima schaffen, wenn wir gleichzeitig Kinder als „Last“ bezeichnen. Wir werden uns aber auch nur schwer von dem Zerrbild der „Rabenmutter“ lösen können, wenn die Forderung nach mehr Kindergartenplätzen in erster Linie mit der wirtschaftlichen Situation von Familien begründet wird. Insofern fehlt an vielen Stellen das Verständnis für Wirkungszusammenhänge.

Das französische Leitbild der „grande nation“ verbindet die gesellschaftliche Hochschätzung kinderreicher Familien und eine aktive Bevölkerungspolitik. Familienpolitik ist längst eine *Affaire d'État*, die „Politik des dritten Kindes“, kostenlose Vorschule ab Drei, Ganztagschulen bis zum Abitur und die Bündelung aller Leistungen in Familienkassen sind dafür Beispiele. Den Begriff „Rabenmutter“ gibt es nicht, verdächtig ist eher die „*mère poule*“.

Ungeachtet der historischen Gründe, die uns Begriffe wie „große Nation“ oder „aktive Bevölkerungspolitik“ vermeiden lassen, gibt es in Deutschland einen vergleichbaren Wertekonsens, eine Verlässlichkeit von familienpolitischen Eckpunkten, die über Legislaturperioden hinweg trägt, nicht.

Familienpolitik kann im besten Fall die Rahmenbedingungen für Familien verbessern. Sie muss sich die Wertschätzung von Kindern und Eltern zum Ziel setzen. Sie sollte Menschen die Verwirklichung ihres Kinderwunsches ermöglichen. Sie muss für Chancengleichheit für alle Kinder und ihre Eltern stehen.

*

Deutschland hat die demographische Katastrophe entdeckt. Wer kinderlos ist, muss derzeit als Sündenbock für alles Mögliche herhalten: Gegebenenfalls für die lahrende Wirtschaft, für Werteverluste, die Erosion von Solidarität und Familie, den Kollaps des Rentensystems.

„Fast alle jungen Menschen träumen von einer Familie mit zwei Kindern“ – dieser Satz, der sich bei früheren Umfragen in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten bestätigte, gilt nicht mehr¹. Die Zahl der jungen Männer, die keinen Nachwuchs wollen, hat sich seit 1992 mehr als verdoppelt. Hatten von den 1950 geborenen Frauen noch 85 % Kinder, so werden vom Geburtsjahrgang 1965 schon über 30 % kinderlos bleiben.

Über die Gründe lassen sich viele Vermutungen anstellen, sicher ist aber, dass Ängste und Unsicherheit, die Arbeit, Wirtschaft, Sicherheit, Frieden und andere Aspekte betreffen, so Eingang in Familienpolitik finden.

Weil die Lebenserwartung steigt und deshalb mehr Generationen in unserem Land zur gleichen Zeit leben, nimmt die absolute Anzahl der Menschen in Deutschland dabei zunächst nur langsam ab. Die Sozialforschung erwartet aber in den nächsten 40 Jahren eine Verdoppelung des sogenannten Altenquotienten - des Verhältnisses der Erwerbsfähigen zu den nicht mehr Erwerbstätigen. Kommen heute auf 100 Personen in diesem „erwerbsfähigen“ Alter 25 Ältere, so werden es im Jahre 2040 schon mehr als 50 sein. Die jüngst beschlossene Verschiebung des Renten-Eintrittsalters auf 67 ändert daran vermutlich wenig.

Zwar hat die Forschung eine solche Bevölkerungsentwicklung noch nie zuvor, zu keiner Zeit und an keinem Ort, registriert. Dass die idealtypische, „gesunde“ deutsche Bevölkerungspyramide aber die „Tanne“ (mit vielen Kindern unten und wenigen Greisen in der Spitze) wäre, die sie Anfang des letzten Jahrhunderts war, ist bestenfalls ein Märchen. Damals gab es zwar einen starken Stamm von Kindern, und keine zehn Prozent der Bevölkerung waren älter als 65. Aber es starb auch jedes sechste Neugeborene schon im ersten Jahr, die durchschnittliche Lebenserwartung einer Frau lag bei 45 Jahren.

Dass unsere Lebenserwartung stetig steigt, ist im Übrigen kein neuer Trend, sondern seit Jahrzehnten bekannt. Selbst wenn die Adenauer-Doktrin („Kinder bekommen die Leute immer“) noch gelte, könnte kein Babyboom den sich daraus ergebenden Effekt für die Bevölkerungsstruktur ausgleichen. Die Geburtenrate liegt in Westdeutschland seit 30 Jahren deutlich unter dem Wert von 2,1 Kindern, der zur Bestandserhaltung der Elterngeneration heute nötig wäre (was in der öffentlichen Diskussion stets ignoriert wurde).

¹ Studie des Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden (BIB), 2005

Und auch eine gezielte Einwanderungspolitik – so hilfreich und notwendig sie sein kann – wird eine Abmilderung dieser Entwicklung kaum erreichen. Um den Altenquotienten konstant zu halten, müssten in den nächsten 50 Jahren in Deutschland über 180 Millionen jüngere Menschen (in Hamburg 3,5 Millionen) zuwandern – eine unvorstellbare Größenordnung!

Eine stetig angehobene Altersgrenze, orientiert am steigenden gesunden Lebensalter, entschärft da schon eher das Problem – ist aber wenig populär, wie die heftigen Reaktionen auf den Vorschlag der Anhebung des Rentenalters jüngst gezeigt haben. Dabei nimmt die Chance, unter demokratischen Bedingungen gegenzusteuern, ab. Heute beläuft sich das Durchschnittsalter der deutschen Wohnbevölkerung auf fast 42 Jahre, das durchschnittliche Alter der Wählerinnen und Wähler auf 48 Jahre. Schon 2020 wird der durchschnittliche Wähler aber 54 Jahre alt sein. Dann zu Lasten der Älteren die Jüngeren zu fördern, wird immer weniger mehrheitsfähig sein.

*

Die Problematisierung der Reproduktionsrate hat geholfen, Familienpolitik in den Fokus zu rücken. Letztlich müssen aber wirtschaftliche und soziale Herausforderungen als solche diskutiert werden. Eine demographische Debatte, die lediglich eine bestimmte Geburtenrate zum Ziel hat, wird in einer freien Gesellschaft kaum zu Veränderungen führen – eher zu Verunsicherung. Es kann nicht darum gehen, junge Frauen Mitte Zwanzig darüber in Kenntnis zu setzen, dass das menschliche Glück in der Familie besteht und sie im übrigen einen Auftrag für Rentenkasse, Vaterland und Kulturnation haben. Es geht vielmehr um eine Vision, in der Gleichberechtigung und Solidarität die obersten Ziele sind.

Und es geht auch nicht um Planspiele sondern vielmehr um grundsätzliche Wahrheiten. Zum Beispiel die, dass eine Frau, die in der Großstadt Mutter wird, ihr Leben ändern muss, ein Mann, der ein Kind bekommt, allerhöchstens einen Lebensabschnitt. Elternschaft ist noch immer vor allem weiblich.

Es geht zum Beispiel darum, dass in einer der reichsten Städte Europas noch immer ein politisches Gesamtkonzept fehlt, damit Kinder aus Familien mit weniger Möglichkeiten endlich eine faire Chance auf einen gleichberechtigten Start ins Leben erhalten.

*

Kinder kosten viel. Geld, zum Beispiel. Außerdem Schlaf, Zeit und Nerven. Frauen ihre Karriere, Paare ihre Beziehung. Die Erziehung von Kleinkindern lässt sich kaum outsourcen, einer muss Abstriche machen. Wenn es nicht die Kinder sind, die „zu kurz“ kommen, dann die Eltern, in der Regel die Mütter.

Je mehr Kinder, desto höher ist heute das Armutsrisiko. Und dafür ist die im europäischen Vergleich erschreckend niedrige Frauenerwerbsquote einer der Hauptgründe, denn die Existenzsicherung nur über einen Hauptverdiener ist meist nicht ausreichend. Insgesamt sind zwar immer mehr Frauen berufstätig, ihr Arbeitsvolumen insgesamt ist aber gesunken. Unbezahlte Arbeit (Haushalt, Kinderbetreuung, Pflege, Ehrenamt) wird nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet.

*

Schon der Begriff der „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist eine Nebelkerze. Es gibt nicht viel zu vereinbaren – nur zu addieren. Wer morgens zwei oder drei Kinder auf den Weg in den Kindergarten oder in die Schule bringt, sie nachmittags (oder gar mittags!) bekocht und / oder betreut, eine Ferienbetreuung organisiert, zu Feierabend einen kompletten Mehrpersonenhaushalt managt, die Familie organisiert und daneben noch eine liebe- und verständnisvolle Mutter (oder Vater) und eventuell Lebenspartner oder Ehegatte sein will, wird im Beruf auf Dauer nicht Optimales leisten. Schon gar nicht, wenn er/sie sich noch um Ältere zu kümmern hat. Und umgekehrt ist es kaum möglich, die eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten im Beruf zu entwickeln und Karriere zu machen, ohne dass dabei die Familie zu kurz kommt.

Das Unter-einen-Hut-bringen von Elternschaft und Erwerbstätigkeit wird im Wesentlichen noch immer als persönliches Problem der Mütter, allenfalls der Eltern behandelt. Ein zutreffender Begriff ist der der „Rush Hour des Lebens“. Zur gleichen Zeit, in der die Eltern ihre Ausbildung beenden und ihre berufliche Karriere starten, bekommen sie ihre Kinder – und sind dann oft hoffnungslos überfordert. Oder sie schieben eines von beidem auf, um dann entweder später doch keine Kinder zu haben, oder beruflich den Anschluss zu verlieren. Diese Situation wird potenziert für Alleinerziehende oder für junge Erwachsene, die sich zugleich noch um die eigenen Eltern zu kümmern haben.

Hier etwas zu ändern, ist eine gewaltige Herausforderung – auch für den Einzelnen, aber erst recht für die Gemeinschaft. Wir brauchen beste Chancen für die Kinder, wir wollen einen würdigen Umgang mit den Älteren, und wir sind darauf angewiesen, dass junge Erwachsene

ihr Können und ihre Fähigkeiten optimal in unsere Gesellschaft einbringen, weil wir auf niemanden verzichten können, dem wir zuvor eine qualifizierte Berufsausbildung oder ein teures Hochschulstudium ermöglicht haben.

Wir möchten außerdem, dass in Hamburger Familien Solidarität und primäre Werte gelebt und gelernt werden, dass Kinder Stabilität und Geborgenheit erfahren. Und schließlich wollen wir kein Lebensmodell für Familien verordnen, sondern die Anerkennung und Wertschätzung verschiedener Wege erreichen. All dies wird nur funktionieren, wenn sich Menschen individuell entfalten können.

*

Mütter und Väter bekommen andererseits keine Kinder, um sie dann möglichst rund um die Uhr fremdversorgt „unterzubringen“. Wer sich für Kinder entscheidet, will Lebenszeit mit ihnen verbringen, will – und soll – sie anleiten und begleiten.

Darum brauchen wir eine bessere steuerliche Entlastung, die Gemeinschaften mit Kindern oder pflegebedürftigen Älteren so stellt, dass sie sich Hilfen für Betreuung und Haushaltsführung leisten können und sich die eigene Arbeit, auch in Teilzeit, lohnt.

Teilzeitbeschäftigung und Job-Sharing gehören erheblich besser gefördert. Es gibt in Wirklichkeit nur wenige Arbeitsplätze, die nicht entweder teilbar sind oder alternative Arbeitsformen wie etwa Telearbeit ermöglichen. Wir brauchen Angebote zur Teilzeit-Aus- und -Fortbildung und zum Teilzeitstudium und mehr Aufteilungen in Teilabschnitte oder Module (ähnlich Bachelor /Master), um einen leichteren Wechsel zwischen Familien- und Erwerbs- oder Ausbildungsphasen zu ermöglichen. Und schließlich müssen wir ein Netz von haushaltsnahen Dienstleistungen schaffen, das – bezahlbar – für alle Familien Zeit spart.

Dass Familienfreundlichkeit sich im übrigen durchaus rechnet, ist für Unternehmen längst bekannt: Betriebe, die z.B. Müttern ermöglichen, in der Elternzeit ihre Qualifikation zu erhalten und – in Teilzeit – weiter zu arbeiten, die ihre Mitarbeiter beraten, vielleicht die Kinderbetreuung unterstützen und eine höhere Flexibilität der Arbeitszeiten auch für Arbeitnehmer ermöglichen, sind klar im Vorteil.

Stellt man den Kosten für ein familienfreundliches Maßnahmenpaket (Beratungsleistungen, individuelle Arbeitszeitmodelle, Telearbeit, Kinderbetreuung) das betriebliche

Einsparpotential (Überbrückungskosten, Beschaffungskosten für Ersatzkräfte, Wiedereingliederungskosten) gegenüber, so ergibt sich eine positive Kosten-Nutzen-Relation (ROI) von 25 Prozent².

Die Politik kann und muss dabei Anreize schaffen. Und die Hamburger öffentliche Verwaltung muss endlich Vorbild und Vorreiter werden.

Wenn wir Eltern durch Betreuung wirklich entlasten wollen, muss dies konsequent geschehen. Wir müssen endlich alle Angebote für Kinder ganzjährig auslegen, weil mindestens jüngere Kinder auch in den Schulferien betreut werden müssen (niemand hat im Rahmen eines normalen Arbeitsverhältnisses zwölf Wochen Jahresurlaub!). Das Angebot auf ganztägige Betreuung muss endlich grundsätzlich zur Regel werden. Und wir brauchen flexible Ersatzangebote, wenn – zum Beispiel – Erzieherinnen und Erzieher sich zu (unbestritten dringend notwendigen!) inhaltlichen Konzeptionstagen ohne die Kinder versammeln, oder an Schulen Gesamtkonferenzen stattfinden.

*

Niemand möchte seine Kinder mit acht Wochen in die Krippe geben und nach vorher vereinbarten Leistungskriterien mit 16 aus der Ganztagschule „fertig“ wieder abholen. Aber ohne Hilfen bei der Betreuung geht es nicht. Neben der Wahlmöglichkeit für eine private Betreuungsform muss es möglich sein, darauf vertrauen zu können, dass das eigene Kind auch außerhalb der eigenen vier Wände und auch ohne besondere finanzielle Anstrengungen die bestmögliche individuelle Förderung erhält.

Wo 25 Kinder in einer Kindergartengruppe aufbewahrt werden, ist das nicht der Fall. Eltern wissen das (auch ohne Studien und Statistiken). Sie haben meistens keine Wahl – und nicht zuletzt deshalb auch kaum Vertrauen in die Hamburger Familienpolitik.

Auch wenn viele Kindertagesbetreuungseinrichtungen bereits auf einem guten Wege sind und ihren Bildungsauftrag ernst nehmen, wenn es viele engagierte Erzieherinnen und Erzieher und Träger von Einrichtungen gibt, so gibt es abseits vom ganz kleinteilig organisierten Privatsegment wenig Sicherheit und Verlässlichkeit. Jahr für Jahr müssen sich Tausende von Hamburger Eltern mit der Frage herumschlagen, ob nun der Kindergarten oder die Vorschule das Beste für ihr Kind ist, sind unsicher, haben berechnete Ängste, das Falsche zu tun. Viele fühlen sich zu Recht allein gelassen, viele sind auch überfordert, finden

² Studie: Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen, Prognos AG und bmfsfj, 2004.

keine Beratung, viele empfinden die Wahlfreiheit erst gar nicht als solche. Und das mit dem Herumschlagen wiederholt sich: Beim Übergang von der Grund- zur weiterführenden Schule, unter Umständen noch einmal nach der Sekundarstufe I.

Ein klares System, das diese Brüche zu weichen Übergängen macht und die unterschiedlichen Lernorte so verzahnt, dass die individuelle Entwicklung des Kindes das Tempo vorgibt und nicht das Ergebnis einer – in Teilen dogmatischen – Debatte, ob Kinder mit fünf, fünfteinhalb oder sechs „schulfähig“ zu sein haben oder welche Schulform im Anschluss an die Grundschule grundsätzlich „besser“ ist, muss deshalb unser Ziel sein.

*

Chancengleichheit und Freiheit – das sind wohl die höchsten Güter, die eine aufgeklärte demokratische Gesellschaft zu verteidigen oder zumindest zu vertreten hat. Sie sind nicht auf die Kindheit begrenzt. Aber hier werden die entscheidenden Weichen gestellt, zu einem großen Teil lange vor dem Eintritt in die Grundschule: Der Spracherwerb als derzeit meistdiskutierte Lernleistung, aber auch der grundlegende Umgang mit Zahlen und Mengen, bestimmte Aspekte des Sozialverhaltens, der Bezug und das Verhältnis zu Staat und Gesellschaft, zu anerkannten Grundwerten wie Toleranz und gegenseitiger Achtung, zum Verständnis von Kunst und Kultur, zur Achtung unserer Umwelt und viele andere Grundlagen des Lebens und Zusammenlebens werden in dieser Phase gelegt.

Genau hier leisten wir uns heute das am schlechtesten ausgebildete (und am schlechtesten bezahlte) pädagogische Personal. Daran ändert natürlich auch die Herausgabe von Hamburger „Bildungsempfehlungen“ zunächst nichts.

Wir lassen die Kinder unter dürftigen Bedingungen aufwachsen. 25 Sechsjährige in einer Grundschulklasse sind vielleicht zu viele – aber 25 Kinder in einer Kindergartengruppe sind es erst recht. In solchen Gruppen gibt es Kinder, die nicht oder nicht ausreichend Deutsch sprechen. Manche brauchen Windeln, andere können nicht richtig allein essen, wieder andere haben spezielle Bedürfnisse. Keine Erzieherin, kein Erzieher hat all dies im Griff und kann daneben noch in größerem Maße vorschulische Lerninhalte vermitteln! Selbstverständlich gibt es viele tolle Kitas mit hochengagierten Erzieherinnen und Erziehern, wie es auch tolle Vor- und Grundschulen gibt. Aber es gibt eben für viele Kinder auch eine gewaltige Grauzone.

Wenn die Eltern – aus welchen Gründen auch immer – diese Defizite nicht kompensieren oder nicht kompensieren können, wird der Mangel in die Schule transferiert. Gut (und teuer!) ausgebildete Grundschulpädagogen mühen sich dann mit Hilfe von Sozialpädagogen und Sozialarbeitern damit ab, Sechsjährigen beizubringen, was sie als Vierjährige nicht gelernt haben.

Es ist deshalb nicht klug, nur wenige Schulen in bestimmten Quartieren besser auszustatten. Wir haben dafür zu sorgen, dass besser vorbereitete Kinder in die Schulen kommen. Wenn wir nicht bei den Kleinen beginnen, werden die Erfinder und Entdecker der nächsten Generation vermutlich nicht aus Hamburg kommen.

Für die frühkindliche Bildung in Hamburg – ob sie nun in Kitas, Vorschulen und ersten Klassen oder Bildungsgärten stattfindet - brauchen wir eine entscheidend verbesserte Ausbildung für junge Erzieherinnen und Erzieher, eine entsprechende Fort- und Weiterbildung für das vorhandene pädagogische Personal und eine enge Verzahnung zwischen dem Elementar- und Primarbereich. Dabei müssen alle bestehenden Systeme voneinander lernen. Bestmögliche Pädagogik für die Kinder und hochwertige, ganzjährige verlässliche Betreuung als Grundlage für die Lebensbewältigung der Eltern müssen zusammenkommen.

*

Chancengleichheit ist aber nicht nur eine Frage der Gestaltung und Ausstattung von Bildungseinrichtungen. Schon die Viereinhalbjährigen-Untersuchungen zeigen für viele Kinder aus besseren Einkommens- und Bildungsverhältnissen einen Vorsprung, der von Kindern mit weniger begleitenden Möglichkeiten ohne Hilfe kaum einzuholen ist.

Den weitaus größten Teil ihrer Lebenszeit verbringen Kinder bei und mit ihren Eltern. Wo Kinder vor und während der Schulzeit vielfach nur berufsgestresste Eltern oder Erwerbslose mit lebensbestimmenden eigenen Problemen und tiefgreifenden Existenzsorgen erleben, kann das staatliche Bildungssystem dies nur sehr eingeschränkt kompensieren.

Die soziale Kluft wächst. Im reichen Hamburg leben mehr als 50.000 Kinder in Armut und sind damit vielfältigen Beschränkungen ausgesetzt. Gerade die vergangenen sechs Jahre haben gezeigt, dass konservative Kinder- und Jugendhilfepolitik keine Antworten auf die drängendsten Probleme von Kindern und Jugendlichen und ihren Eltern in unserer Stadt hat. Wir mussten mit Entsetzen die Verwahrlosung von Kindern in Wohnungen mit ansehen. Wir

mussten erleben, dass Kinder und Jugendliche unter rechtswidrigen Umständen in staatlicher Obhut erzogen werden. Wir mussten erleben, dass öffentliche Gelder für städtebauliche, prestigeträchtige Großprojekte ausgegeben und Mittel für hilfebedürftige Kinder, Jugendliche und ihre Eltern stagnieren oder in sozial schwachen Quartieren mit Billigung der zuständigen Bürgermeisterin sogar reduziert werden.

Diese konzeptlose und situationsgetriebene Kinder- und Jugendhilfepolitik muss durch eine fördernde und stärkende Politik abgelöst werden. Arme Kinder tragen ein deutlich höheres Risiko, zu den Bildungsverlierern zu gehören, zu erkranken, an Depressionen zu leiden und Gewalt zu erfahren. Ihre Eltern sind oftmals von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen, manche finden keinen Zugang mehr zum Arbeitsmarkt. Armut drängt Familien an den Rand und macht es für ihre Kinder schwer, wieder in die gesellschaftliche Mitte vorzudringen. Diese Familien brauchen solidarische Hilfe. Sozialdemokratische Familienpolitik (als Querschnittsaufgabe zwischen Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungs- und Stadtentwicklungspolitik) nimmt nicht hin, dass jedes fünfte Kind in Hamburg droht, ins soziale Abseits zu geraten.

Bildung ist und bleibt ein wesentlicher Schlüssel zur Chancengleichheit. Wir wissen, dass Kinder aus den weniger sonnigen Vierteln Hamburgs heute seltener die Kita besuchen als Kinder aus den stabileren Stadtteilen. Jedes fünfte Kind im besten Kindergartenalter aus den Quartieren mit Förderbedarf taucht im Kindergarten nicht auf. So verschlechtern sich die Bildungschancen individuell ebenso, wie sie sich generell für die Schulen in diesen Gebieten verschlechtern.

Deshalb muss für den Besuch einer frühkindlichen Einrichtung als Bildungs- und Integrationsstätte mehr geworben werden, um möglichst viele Kinder zu erreichen. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenbesuch (den Tausende von Hamburgerinnen und Hamburgern, Eltern und Pädagogen durchgesetzt haben) darf außerdem nicht nur auf dem Papier stehen. Außerdem gehören die Elternbeiträge für Kindergarten und Vorschule insgesamt abgeschafft, am sinnvollsten durch eine schrittweise Absenkung. Eine solche Senkung bringt allen Familien auf Dauer mehr als die Forderung nach einem beitragsfreien letzten Kita-Jahr.

All dies – insbesondere eine verbesserte frühkindliche Bildung - ist nicht umsonst zu haben. Aber die Kosten sind überschaubar; gemessen an ihrem gesellschaftlichen Nutzen sind sie es allemal.

Inzwischen hat auch das Institut der deutschen Wirtschaft belegt, was Experten längst beklagen: dass es sich nämlich niederschlägt, wenn wir nur 0,4% unseres Bruttoinlandsproduktes für vorschulische Bildung ausgeben, während es in anderen Ländern 1,6% sind. Ein Ausbau der Kindergärten zu Bildungseinrichtungen wäre wichtig, Familienpolitik ein Schlüssel zu mehr Wachstum, weil sie gleichzeitig zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen und mehr Beschäftigung führe – wenn gleichzeitig durch eine bessere Bildung die Erwerbschancen der nachwachsenden Generation verbessert werden³.

Manches ließe sich auch kostenneutral oder zumindest kostengünstig realisieren. Es gibt viele Ältere, die nicht nur in der Seniorenarbeit, sondern auch im Umgang mit Kindern ihre Erfahrung und ihre noch vorhandene Leistungsfähigkeit gern einbringen würden, um zum Beispiel bei Hausaufgaben zu helfen, Kinder zu betreuen, einen regelmäßigen Mittagstisch anzubieten oder auch mit ein paar Kindern eine Ferienreise zu unternehmen. Die Stärkung des Ehrenamtes ist aber allein für gute Worte nicht zu haben: Eine nachhaltige Förderung ist notwendig. Den administrativen Teil solcher freiwilliger Arbeit muss die Stadt Hamburg organisieren – von der einfachen Organisation über eine vernünftige Kostenerstattung bis hin zur Befreiung vom Haftungsrisiko. Und auch hier steht und fällt alles mit der Verlässlichkeit: Erst die Organisation verlässlicher Vertretung im Verhinderungsfall macht ehrenamtliche Hilfe zu einem vollwertigen Angebot.

Es ist möglicherweise unbefriedigend für Eltern, die gerade jetzt Kinder großziehen: Ein solcher Umbau ist nicht von heute auf morgen zu schaffen. Aber mittelfristig muss dies das Ziel sein, wenn unsere künftigen Erfinder und Entdecker nicht im weltweiten Vergleich weiter ins Hintertreffen geraten sollen.

*

Familien sollen sich in der Weltstadt Hamburg wohlfühlen. Unwirtliche Siedlungen, allgegenwärtiger Lärm und verkehrsreiche Straßen in einer „wachsenden Stadt“, die ihr Augenmerk nicht mehr auf ein gedeihliches Miteinander richtet, sondern ausschließlich auf eine profitorientierte Außendarstellung, sind familienfeindlich.

³ „Nutzen und Kosten eines kostenlosen Kindergartens für alle Kinder zwischen 3 und 6“, Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Köln, 2006.

Familien wünschen sich eine grüne Stadt mit kurzen Wegen. Sie – wie auch ältere Menschen – verbringen einen großen Teil des Tages in der näheren Umgebung ihrer Wohnung und brauchen deshalb bezahlbaren Wohnraum in kleinteiligen Quartieren, in denen die wesentliche Infrastruktur vorhanden ist und die ausreichend Möglichkeiten zum Spielen und Entspannen bieten.

Für die meisten Familien nimmt mit jedem Kind der Anspruch an die Größe der Wohnung zu, das verfügbare Einkommen aber gleichzeitig ab. Hamburg verfügt zwar über ausreichend Ein- und Zweizimmerwohnungen und vergleichsweise viele Reihen- oder Einfamilienhäuser. Dazwischen klafft aber eine Lücke in dem gerade für Familien wichtigen Bereich der bezahlbaren großen Wohnungen. Dies zeigt der ungebrochen hohe Fortzug von jungen Familien ins Umland.

Selbst Wohnraum, der heute speziell für Familien konzipiert wird, entspricht selten wirklich ihren Bedürfnissen. Winzige Flure und 9 qm kleine Kinderzimmer sprechen für sich. Auch hier gilt: Menschen sind verschieden und haben verschiedene Bedürfnisse. Ein geeigneter Weg, eigene Visionen zu verwirklichen, ist die verstärkte Förderung von Baugemeinschaften und kleinen Genossenschaften, Voraussetzung dafür ist die vergünstigte Vergabe von Flächen durch die Stadt.

Hinzu kommt, dass günstige Wohnungen für Familien oft in Quartieren mit Förderbedarf liegen. Hamburg braucht deshalb eine Förderpolitik, die verstärkt auf große, aber bezahlbare Familienwohnungen mit stabilen Mieten setzt. Eine „Kinderzimmerzulage“, die allein im Eigentumsbereich greift, hilft den meisten Familien nicht. Erforderlich sind Förderprämien, die wirklich zusätzlichen Wohnraum schaffen und die nicht nur an die Größe der Wohnung, sondern an die Vergabe an Familien gebunden sind.

Funktionierende Quartiere brauchen heterogene Sozialstrukturen (insbesondere Familien mit Kindern empfinden sie als positiv), sowohl im Hinblick auf die Altersstruktur, als auch auf die soziale und kulturelle Zusammensetzung der Bevölkerung. Eine kleinteilige Mischung aus kleinen und größeren Wohnungen beispielsweise ermöglicht das Zusammenleben mehrerer Generationen unter einem Dach, aber hinter getrennten Wohnungstüren. Generationsübergreifende Wohnprojekte, auch in Neubaugebieten, sind ebenso sinnvoll. In einer Menschlichen Metropole müssen die Begegnung und das gemeinsame Leben der Generationen ermöglicht und gefördert werden.

Familienfreundliche Quartiere müssen eine gute Infrastruktur besitzen. Familien mit Kindern, insbesondere Mütter, müssen viele Aspekte des sozialen Lebens in kurzer Zeit verbinden. Deshalb müssen die Angebote von Schulen, Kindergärten, Familien- und Altenfreizeitstätten, Volkshochschulveranstaltungen, Bücherhallen, Schwimmbädern und dergleichen in der Fläche und somit wohnortnah erhalten bleiben. Sie müssen darüber hinaus bezahlbar sein.

Wo die Aufstockung des Kindergeldes durch die imselben Zeitraum auf kommunaler Ebene erfolgte Erhöhung von Gebühren in Betreuungseinrichtungen, Freizeiteinrichtungen und öffentlichen Verkehrsmitteln verbraucht und inzwischen übertroffen wird, haben Familien das Nachsehen. Insbesondere in unteren Einkommensbereichen, die von der steuerlichen Familienförderung nicht profitieren, haben sich die Möglichkeiten auch insoweit real verschlechtert.

*

Die Familienfreundlichkeit einer Stadt zeigt sich in vielen Bereichen; im privaten, wie auch im öffentlichen. Insbesondere im öffentlichen Leben wie in den Einrichtungen der Verwaltung, im Verkehr, beim Einkaufen, in der Gastronomie, oder auch auf öffentlichen Plätzen spielen Kinder in Hamburg eine vergleichsweise geringe Rolle. Die Liste notwendiger Maßnahmen ließe sich fast endlos fortsetzen.

Entscheidend ist, dass Familienpolitik als zentrale Querschnittsaufgabe wahrgenommen wird. Es darf nicht sein, dass dort, wo familienfreundliche Wohnungen entstehen, gleichzeitig die Grundschule geschlossen wird. Ein „Familienwahlrecht“ auf bezirklicher Ebene würde den Einfluss von Familien vor Ort vergrößern. Wenn es um die Gestaltung des nahen Umfeldes geht, sollen auch kleine Menschen ein Stimmrecht haben (das dann gegebenenfalls von den Eltern stellvertretend wahrgenommen wird).

Familien brauchen neben verlässlichen Arbeitsgelegenheiten mit gesichertem Einkommen ein breit gefächertes Angebot an Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder. Familien brauchen ein dichtes Netz an Unterstützung zur Bewältigung ihrer Alltagsprobleme sowie ein Klima, das von Verständnis und Wohlwollen geprägt ist. Die Aufnahme von Kinderrechten in unsere Verfassung wird ein wichtiges Signal sein für den Aufbruch in eine kinder-, eltern- und familienfreundliche Stadt.